

Herausgeber und verantw. Redakteur  
Karl H o n a y .

Wien, Freitag, den 21. September 1923.

W i e n e r G e m e i n d e r a t a l s L a n d t a g .

Sitzung, vom 21. September 1923.

Präsident Dr. Danneberg eröffnet die Sitzung und hält den verstorbenen Mitgliedern des Landtages GR. Beer und GRin. Fleischner einen Nachruf, den das Haus stehend anhört.

Der Präsident teilt dann mit, daß GR. Gottlieb Buchar (Tscheche) infolge Uebersiedlung in das Ausland aus dem Gemeinderate ausgeschieden ist.

GR. Blum (Soz. Dem.) erstattet in Abwesenheit des Finanzreferenten Breitner den Bericht der Liquidierungskommission für die niederösterreichische Landeshypothekenanstalt über das erste Halbjahr 1923.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

GR. Linder (Soz. Dem.) berichtet über die Gesetzesvorlage betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen des Jagdgesetzes für Wien und über die Erhöhung der Jagdkartentaxen in der Stadt Wien und stellt die bekannten Anträge.

Die Gesetzesvorlage wird in beiden Lesungen ohne Debatte angenommen.

GR. Rummelhardt (chr. soz.) und Genossen richten an den Bürgermeister als Landeshauptmann folgende dringliche Anfrage:

Die vom Magistrat der Stadt Wien angelegten Wählerlisten für die diesjährigen Wahlen in den Nationalrat und Gemeinderat weisen derartige Mängel auf, daß die Art der Anlegung dieser Listen geradezu als ein Skandal bezeichnet werden muß. Viele tausende von Wählern, welche Jahrzehnte lang in Wien ansässig sind, gesetzlich das Wahlrecht besitzen, und in der Wählerliste des Jahres 1919 enthalten waren, wurden in die diesjährige Wählerliste nicht aufgenommen; dafür sind zahlreiche Namen von Personen darinnen enthalten, die bereits gestorben oder von Wien weggezogen sind, oder denen gesetzlich das Wahlrecht nicht zukommt. Zahllose Bürger, Beamte und Frauen wurden in die Wählerliste nicht aufgenommen, weil sie zur Zeit der Erhebungen in Wien nicht anwesend waren; viele Priester, Alumnen und geistliche Schwestern sind ebenfalls merkwürdigerweise nicht in der Wählerliste enthalten. Bei vielen hunderten von Personen sind die Vornamen oder die Geburtsdaten ganz falsch in der Wählerliste angeführt. Dieser Vorgang muß als ein bewußter Versuch, viele Tausende des Wahlrechts zu berauben, bezeichnet werden, und das Gerechtigkeitsgefühl erfordert es, daß die dafür Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Außerdem muß Vorsorge getroffen werden, daß die Wählerlisten im Reklamationsverfahren innerhalb der vorgeschriebenen Frist vollkommen richtig gestellt werden können. Die Unterzeichneten richten daher an den Herrn Bürgermeister als Landeshauptmann die Anfrage, ob er gewillt ist, die an diesem unerhörten Skandal Schuldt tragenden feststellen zu lassen zur Verantwortung zu ziehen und welche Maßnahmen er zuzugreifen gedenkt, um noch im letzten Augenblicke die Wählerlisten richtig zu stellen.

GR. Rummelhardt: Siewaren die Partei, die als sie noch in der Minderheit war, immer vom Wahlrechtsraub gesprochen hat. Man hätte daher glauben müssen, daß wenn Sie selber die Wählerlisten machen, in ihr alle gesetzlich wahlberechtigten Personen enthalten sein werden. Leider trifft dies nicht zu. Ich glaube, solange in Wien Wählerlisten gemacht wurden, sind sie noch nie so mangelhaft gemacht worden, wie jetzt. Eine Partei, die immer das Wahlrecht im Munde geführt hat, darf doch nicht jetzt das Wahlrecht entziehen. Die Behauptung in der dringlichen Anfrage ist vollständig wahr, davon kann sich jeder überzeugen, wenn er in

die Reklamationsstellen geht und sieht, wieviele bekannte Personen in den Wählerlisten fehlen. Sie haben dieses Wahlmangelkunststück wohl deshalb aufgeführt, weil Sie der Meinung sind, daß hunderte Wahlberechtigte sich um ihr Wahlrecht nicht kümmern werden. Zu den Arbeiten für die Wähleraufnahme ist ein Teil der Personen direkt von der Straße aufgenommen worden. Sie haben Ihre politischen Agitatoren dazu verwendet. Diese Leute haben sich auch danach benommen. Wenn eine Partei auf Urlaub war, wurde sie nicht in die Liste aufgenommen, auch wenn sie im Bezirk seit vielen Jahrzehnten bekannt ist. Ich verweise nur darauf, daß der Gemeinderat Huber, der Hausbesitzer ist, der Nationalrat Mataja samt Frau in die Wählerliste nicht aufgenommen worden sind. Das ist eine Dummheit, weil man doch sofort merkt, daß hier eine Absicht vorliegt. Wie kommen übrigens diese Personen dazu, ihr Wahlrecht erst reklamieren zu müssen, während Sie jene Leute, die erst seit kurzem das Heimatrecht erhalten haben, sofort in die Wählerlisten aufgenommen haben. Es wurden viele geistliche Schwestern, die Alumnen und Geistliche nicht aufgenommen. Religionslehrer, die seit fünfzehn Monaten bei der Gemeinde um eine Stelle angesucht haben und die darauf verwiesen, daß sie ihre Dokumente nicht besitzen, weil sie im Rathause liegen, wurden ebenfalls nicht aufgenommen. Das ist ein Vorgang, den man mit Recht als Skandal bezeichnen kann. Das muß in irgend einer Weise von der Bevölkerung gesandt werden. Ich fordere daher den Herrn Bürgermeister als Landeshauptmann auf, zu sagen, ob er bereit ist, in seiner Eigenschaft als Chef der obersten politischen Behörde zu erheben, wer an dieser mangelhaften Wähleraufnahme schuld ist. Sind es städtische Beamte, dann müssen sie zur Rechenschaft gezogen werden, sind es aber die von der Straße Aufgenommenen, dann fällt die Schuld auf die Gemeindeverwaltung. Es ist auch Pflicht des Bürgermeisters den Reklamationsstellen so viele Beamte zuzuweisen, daß dieses Material rasch aufgearbeitet werden kann. Es ist für Sie eine Schande, daß Sie versucht haben, das Wahlrecht zu verkürzen, aber suchen Sie es wenigstens jetzt gut zu machen. Im Namen unserer Partei aber auch im Namen der nichtmarxistischen Bevölkerung protestieren wir gegen diesen Wahlrechtsraub. Diesem Skandal muß ein Ende gemacht werden. (Beifall bei den Christlichsozialen).

GR. Richter: Es ist überraschend, wenn von der Gegenseite Beschwerden die aber sicherlich nur erhoben werden, um zu zeigen, daß man Bemängeln kann ohne wirkliche Tatsachen anzuführen, denn es ist kein Beweis, wenn man sagt, es sind Leute ausgelassen, und sagt es sind Leute hereingenommen, die nicht in die Wählerliste gehören. Man könnte da vollständig auf jeden einzelnen Fall antworten. Ich kann versichern, daß die Zahl der Reklamationen diesesmal geringer sein wird, als je bei einer vorhergehenden Wahl. Doch ist es Tatsache, daß viele mutwillige Reklamationen von den Christlichsozialen erhoben werden; Sie führen z. B. an ein Mann seit tot, nachher mußte er einen Brief schreiben, daß er noch am Leben sei. (Zwischenrufe: Wo ist das geschrieben?)(Antwort: In Währing.) Selbst auf die Tatsache hin, daß Sie vielleicht die „Reichspost“ verleugnen werden, muß ich feststellen, daß die „Reichspost“ berichtete hatte, Stadtrat Rummelhardt sei nicht in der Wählerliste. Es war aber nicht wahr. Auch von dem ehemaligen Minister Hussarek hieß es, daß er nicht in die Wählerliste eingetragen sei. Wir konnten aber in jedem Fall die Unwahrheiten zur Behauptung feststellen. Die „Reichspost“ aber fälschte in zwei Fällen den Todestag. Bei einem stellte es sich heraus, daß die „Reichspost“ angab, der Mann sei am 4. gestorben, in Wirklichkeit starb er erst am 13. Ebenso auch verhielt es sich in einem zweiten ähnlichen Fall. Wie sieht es aber aus, wenn Sie behaupten, daß wir Leute aus parteipolitischen Gründen ausgelassen hätten? Wir wissen doch nicht, welcher Partei der Betreffende angehört und wissen nicht wie

er wählen wird. Was die tatsächlich zutreffenden Mängel der Wählerlisten betrifft müssen wir schon sagen, daß es gewiß bedauerlich ist, daß sie in einer Zeit angelegt werden mußten, wo so viele Parteien auf Urlaub sind. So können auch wir hinweisen, daß selbst Funktionäre unserer Partei nicht in der Wählerliste enthalten sind. Es ist auch selbstverständlich, daß nicht alle Beamten von den 400 zur Anlegung der Wählerliste Verwendeten schon Erfahrung in der Anlegung der Wählerlisten haben.

Nach Schluß des Reklamationsverfahrens wird man ja die genauen Ziffern erfahren und Sie werden sehen, daß die Zahl der Reklamationen geringer ist als je.

GR. Müller (Meidling: chr. soz.) erklärt, es sei wohl auch früher vorgekommen, daß Wahlberechtigte in den Listen nicht enthalten waren, aber so viel Fälle, wie jetzt, wurden nicht gezählt.

GR. Richter (Soz. Dem.): Wieviel Reklamationen haben Sie?

GR. Müller: Wir haben noch nicht Zeit gehabt und nicht die Möglichkeit Ihnen auf alle Schwindeleien draufzukommen, die „Reichspost“ wird schon nächstens mit den entsprechenden Daten aufwarten. Wir werden Ihnen nachweisen, daß Sie tausende Wahlberechtigte um ihr Wahlrecht bringen wollten. Tatsache ist, daß Leute, die nicht eine Legitimation von einer sozialdemokratischen politischen Organisation vorweisen konnten, von den betreffenden Amtsleiter nicht in die Liste aufgenommen worden sind. (Hört -, Hörtrufe bei den Christlichsozialen.) Beispielsweise wurde der Polizeibezirksleiter Berner in die Liste nicht aufgenommen.

GR. Richter: Der war halt bei der Anlegung der Listen nicht in Wien.

GR. Müller: Er ist ein geborener Meidlinger. Der frühere Bezirksleiter Bilinkiewich, Hausbesitzer in Meidling, ist gleichfalls in der Liste nicht enthalten. Hingegen sind einige Wehrmänner doppelt eingetragen. Einmal als in der Trainkaserne wohnhaft, das zweitemal mit ihren privaten Wohnungsadressen. Es ist Ihnen auch zum Vorwurf zu machen, daß Sie 31 abgestrafte Verbrecher, von denen noch etliche in Stein sitzen, in der Wählerliste enthalten sind. Ist das nicht Material genug? Bezirksbekannte Persönlichkeiten, wie der Chef der Firma Rollinger und dessen Sohn, die niemals von Wien abwesend waren, sind in die Liste nicht aufgenommen worden. Kurzum wir können Ihnen nachweisen, daß tausende Christlichsoziale Wähler in der Liste nicht enthalten sind, während viele Ihrer Parteigenossen, die zur Zeit der Anlegung der Listen von Wien abwesend waren, Aufnahme gefunden haben. Ostjuden, die erst kurz eingebürgert worden sind, Leute, die vor acht Tagen aus dem Arrest entlassen wurden, sind aber in der Wählerliste enthalten.

GR. Angermeyer (chr. soz.): Zu den Vorarbeiten für die Anlegung der Wählerlisten wurden ungeschulte Kräfte verwendet und Parteifanatiker, die in dem Bestreben möglichst viel Christlichsoziale aus den Listen auszulassen zu weit gegangen sind. Beispielsweise sind wohl die Abgeordneten Schönsteiner und Mataja in den Listen enthalten, aber nicht deren Frauen.

GR. Motzko (chr. soz.): Ich war auch nicht drinnen!

GR. Angermeyer: Der Präsident des früheren Abgeordnetenhauses Dr. Gustav Gross fehlt in der Liste, dafür ist ein gewisser Guido Gross hineingenommen. Augenscheinlich eine absichtliche Verwechslung, die damit spekuliert, daß der Wähler den unrichtigen Vornamen übersieht. Eine in der Wehrgasse wohnende Hausmeisterin, bei der ein Jude und eine Jüdin wohnen, ist zweimal in der Liste enthalten, einmal mit ihrem richtigen Alter, das zweitemal verjüngt. Auch ihr verstorbener Mann findet sich in der Liste vor. Wahrscheinlich sollte für den toten Hausmeister der fremde Jude wählen gehen, für die verjüngte Hausmeisterin die Jüdin und schließlich die Hausmeisterin selber. Können Sie da leugnen, daß bewusst gefälscht worden ist.

GR. Hedorfer (Soz. Dem.): Bei der Reichsratswahl im Jahre 1911 haben wir gefälschte Wahldokumente auf einem Schubkarren zum Magistrat führen müssen. Und da wollen Sie noch von Schwindel reden?

GR. Grünbeck (chr. soz.): Bei Euch müssen wir für die falschen Zettel einen Streifwagen nehmen. (Großer Lärm und zahlreiche Zwischenrufe)

GR. Angermeyer schließt mit der Aufforderung an den Bürgermeister die für die geschilderten Vorgänge verantwortlichen Personen zur Rechenschaft zu ziehen.

GR. Bermann (Soz. Dem.): Wir dürfen wohl den Worten Richter's glauben, daß sich die Wählerlisten vorteilhaft von den Listen unter der christlichsozialen Verwaltung unterscheiden. Wir haben uns bestrebt, durch das System der häuserweisen Anlegung die Voraussetzungen für die richtige Wählerliste zu schaffen. Früher war nur eine ganz kurze Reklamationsfrist eingeräumt, während jetzt jeder das Recht hat festzustellen und auch die Möglichkeit, ob er in der Liste enthalten ist oder nicht. Fehler sind gewiß vorgekommen. Ich selbst habe nicht weniger als acht meiner engen Familienmitglieder, die nicht in der Liste enthalten waren, reklamieren müssen. Es handelt sich um Leute, die zur Zeit der Anlegung auf Urlaub waren. Das ist die einzige Fehlerquelle. Das wissen Sie ganz genau. Ihnen steht die Entrüstung sehr schlecht an. Es hätte Ihnen gezielt, daß Sie sich eher in Stillschweigen hüllen. Bei der Wahl Luegers in der Leopoldstadt, wo wir damals unsern Schumeier kandidierten, haben wir in einem christlichsozialen Agitationslokal 700 gefälschte Legitimationen weggenommen und Schumeier hat diese Legitimationen dem Landtage in seiner ersten Sitzung vorgelegt. Wer so viel Butter auf dem Kopf hat, soll nicht in die Sonne gehen.

GR. Feldmann (Deutschnational): Sie selbst müssen zugeben, dass die Anlage der Wählerlisten viel zu wünschen übrig lässt. Darum müssen Sie selbst dafür eintreten, dass die Reklamationsfrist ausgedehnt wird. Als freiheitliche Partei müssen Sie denen, die nicht in der Liste enthalten sind, die Möglichkeit geben, aufgenommen zu werden. Ermöglichen Sie, dass im Nationalrat das Gesetz derart geändert wird, daß die Reklamationsfrist bis knapp vor die Wahl erstreckt wird.

Damit ist die Debatte beendet.

Präsident Dr. Danneberg schließt die Sitzung und erklärt, daß vor den Neuwahlen noch eine Landtagssitzung einberufen werden wird.

W i e n e r G e m e i n d e r a t .

Sitzung vom 21. September 1923.

Bgm. Reumann eröffnet um  $\frac{1}{2}$  6 Uhr die Sitzung und hält den verstorbenen GRen. Rudolf Beer und Rudolfine Fleischner einen Nachruf, der von den Mitgliedern des Gemeinderates stehend angehört wird.

Sodann leistet der an Stelle des Gemeinderates Beer erschienene Ersatzmann GR. Bekeš die Angelobung.

Ohne Debatte werden die Geschäftsstücke 1 biseinschliesslich 6, 8 bis einschliesslich 11, 13 und 14, 16 bis einschliesslich 22, 24 bis einschliesslich 26, Post 27 wird abgesetzt, 28 bis einschliesslich 31, 34 bis einschliesslich 42, 44 bis einschliesslich 55, 57 bis einschliesslich 62, 65 bis einschliesslich 76, 78 bis einschliesslich 82, 85 bis einschliesslich 125, 127 bis einschliesslich 130, 136 und 137, 139 bis einschliesslich 145 und 149 und 150 angenommen.

StR. Breitner (Soz. Dem.) beantragt, daß der Wiener Holz- und Kohlenverkaufsgesellschaft, die mit einem Kapital von 60 Millionen Kronen begründet worden ist, eine Erhöhung des Stammkapitals auf 600 Millionen Kronen bewilligt werden soll. Die Gesellschaft wird trotz dieser Erhöhung auf Kredite angewiesen sein. Es entspricht aber den kaufmännischen Gepflogenheiten, daß zwischen den Krediten und dem Eigenkapital keine Allzugroße Spannung besteht.

GR. Zimmerl (chr. soz.): Wir wissen, daß die „Wihoko“ im ersten Geschäftsjahre einen Verdienst von drei Milliarden aufweist, was einer fünftausendprozentigen Verzinsung des Gesellschaftskapitals gleichkommt. Wir verstehen nun sehr gut, warum die Gemeinderatsmehrheit unseren seinerzeitigen Antrag auf Mitbeteiligung der Angestellten am Gewinn abgelehnt hat. Bei derartigen Verdiensten will auch die Mehrheit die Angestelltenschaft nicht beteiligt wissen. Überdies gehen bei der Wihoko Dinge vor sich, die durchaus nicht einer geregelten Geschäftsbearbeitung entsprechen. Es gab Diebstähle von 15 Waggon Kohle. Und wir möchten schon einige Aufklärung darüber wieso derartige Skandale vorkommen können. Es ist selbstverständlich, daß wir unter solchen Umständen dem Antrage unsere Zustimmung verweigern.

StR. Breitner: Die Bearbeitung der Wihoko ist selbstverständlich vollkommen einwandfrei und der Herr Vizebürgermeister Hoss hätte gewiß innerhalb der Gesellschaft selbst Gelegenheit über die Berechtigung derartiger Vorwürfe gegen Unternehmungen, an denen die Gemeinde beteiligt ist, Kontrolle zu üben.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten auf Erhöhung der Stammeinlage der Wihoko angenommen.

StR. Breitner referiert nun über das Bauprogramm der Gemeinde und führt aus: Die Mehrheit des Hauses steht auf dem Boden des Mieterschutzgesetzes und es wäre die schwerste Katastrophe, die die Bevölkerung treffen könnte, wenn dieses Gesetz aufgehoben würde. Denn es ist selbstverständlich, daß unter den obwaltenden Verhältnissen eine private Bautätigkeit, wie sie die Herren von der Gegenseite wünschten, überhaupt nicht möglich wäre. Denn selbst bei Valorisierung des Zinses käme das Kapital nicht auf seine Kosten. Es ist eigentlich seltsam, daß in einer Stadt, in der nun 300.000 Menschen weniger leben, als im Frieden, eine derartige Wohnungsnot herrscht. Die Erklärung dafür lässt sich aber in dem Umstand finden, daß die Wohnfläche, die im Frieden 4.3 Personen auf den Raum war, bedeutend herabgesunken ist auf 3.5. Die Gemeinde Wien hat aber auch im Frieden den Wohnverhältnissen durch die keine Aufmerksamkeit geschenkt. Wir kennen doch alle Häuser mit den scheußlichen Lichthöfen, Gangküchen, Gangkabinetten, ja man hat früher gar nichts daran gefunden, dass mehrere Parteien ein Klosett gemeinsam benützten. Es herrschte nirgends eine so geringe Wohnkultur, als gerade in Wien. Wir wissen, dass die Aufrechterhaltung des Mieterschutzgesetzes gleichzeitig verbunden sein muß mit einer Bautätigkeit der Gemeinde Wien. Von privater Seite ist eine solche ja nicht zu erwarten, das sehen wir bewiesen durch den Umstand, daß bei weitestgehendem Entgegenkommen gegenüber den Bauführern bei Einräumung einer dreissigjährigen vollständigen Steuerfreiheit und des Rechtes beliebigen Zins zu verlangen, dennoch abgesehen von ganz bedeutungslosen Villenbauten, nicht ein einziges Wohnbau fertiggestellt wurde. Die Erklärung für diese Tatsache finden wir darin, daß heute eben das Kapital vielseitig bessere Gelegenheit zu Spekulation und geschäftlicher Betätigung wahrnimmt. Breite Massen der Wiener Bevölkerung sind genötigt in Bezug auf Kost, Kleidung, Vergnügen, Bildung eingeschränkt zu leben. Einzig billig ist heute nur die Wohnung. Es ist also begreiflich, dass das Bestreben vorherrscht, sich auszudehnen. Das hörte sich aber auf, wenn wieder ein Viertel oder ein Fünftel des Einkommens für den Zins aufgewendet werden muß. Es herrscht eine vollständige Verkenning der wirtschaftlichen Verhältnisse, wenn man sich vom Privatkapital eine Besserung der Wohnverhältnisse erwartet. Der Bund hat nach dem Krieg den Standpunkt eingenommen, daß er der Träger der Bautätigkeit sei. Erst später im Zuge des Sanierungswerkes hat sich der Bund von diesem Gebiet der Fürsorge zurückgezogen. So blieb die ganze Last auf den Schultern der Gemeinde, die daran geht, den Notwendigkeiten auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge zu erfüllen. 25.000 Wohnungen sollen in den nächsten

fünf Jahren fertiggestellt werden. Es ist das eine Zahl, die angepasst ist der Zahl der Wohnungssuchenden, von denen wir nicht weniger als 20.000 mit I Qualifizierte aufweisen und angepasst ist andererseits den finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde. Bei der Bautätigkeit der Gemeinde muß auch eine Anzahl neuer Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Es herrscht in Wien besonders auch eine drückende Not an Geschäftslokalen und Werkstätten. Es ist so ein großer Teil des im Erwerbsleben stehenden Nachwuchses gezwungen durch hohe Ablösesummen, durch Eheschliessungen u.s.w. in den Besitz solcher Lokalitäten zu gelangen. Das ist aber nun nicht für alle möglich und es gibt so in Wien Hunderte, die ihre Selbständigkeit nicht finden können. Es ist nun selbstverständlich, daß die Gemeinde diesem Umstande Rechnung trägt und bestrebt ist in ihren Neubauten jeden Raum zu nützen und wo es angeht, ein Geschäfts- oder Werkstättenlokal zu errichten. Auch nach einer anderen Richtung zieht die Gemeinde die Folgerung aus den obwaltenden Verhältnissen, nämlich dadurch, dass sie bestrebt ist nach Möglichkeit Wohnungen mit mehr als zwei Räumen zu schaffen. Es gibt doch eine Reihe von Berufen, die durch ihre Betätigung auf eine grössere Anzahl von Räumen angewiesen sind. Z.B. Aerzte, bei denen die Verbindung der Räume für die Ordination mit denen der Wohnung selbstverständlich ist, Auch noch viele andere Fälle, wie Rechtsanwalt, Architekt, Künstler, Schriftsteller. Auch für besonders kinderreiche Familien muß in dieser Hinsicht vorgesorgt werden. Es handelt sich der Gemeinde Wien bei Beschaffung der Wohnungen nicht bloß darum den Leuten Obdach zu bieten, sondern überhaupt die jetzt herrschenden, ganz unleidlichen Wohnverhältnisse zu verbessern. Und wir können ruhig sagen, die Bauten der Gemeinde Wien halten jeder Kritik durch aus Stand. Verschwendung von nutzbaren Raum gibt es nicht. Jedoch ist in jeder Hinsicht vorgesorgt für genügend Licht, Luft, Gärten, Spielplätze für die Kinder. Jede einzelne der Wohnungen hat eigene Wasserleitung, Klosett, Gas, Elektrizität. In einigen Bauten trachtete die Gemeinde durch gemeinsame Waschküchen mit technischer Ausstattung den Anforderungen der modernsten Wohnkultur Genüge zu leisten. Nun wird die Frage aufgeworfen, kann die Gemeinde auch alle diese Pläne ausführen? Wir antworten darauf unter der Voraussetzung, dass die heute geltenden Verhältnisse andauern, ja. Die ganze Frage der Wohnungsbauten hat die Oeffentlichkeit sehr lebhaft beschäftigt. Man sagte, es handelte sich um eine Wahldemagogie. Wir aber haben dort fortgesetzt, was wir im Jahre 1919 vorgefunden haben. Die Bautätigkeit der Gemeinde ist eine unausgesetzt steigende. Im Bezug auf die zur Durchführung der geplanten Bauten notwendigen Bauflächen haben wir im weitesten Ausmasse durch Ankauf derartiger Bauflächen Vorsorge getroffen. Auch was die Aufbringung der 400 Milliarden Kronen, die zur Erbauung der geplanten Wohnungen notwendig sind, betrifft, sind wir uns gewiß, daß wir diesen Betrag aufbringen werden ohne Einführung neuer Steuern. Was die Durchführung der Erbauung von jährlich 5000 Wohnungen betrifft, so können wir schon sagen, daß das eine gewaltige Leistung ist, die nur erklärlich und möglich wird, durch die hervorragende Arbeit des Stadtbauamtes. Auch die Siedlerbewegung, die eine tiefe und innere Berechtigung hat, gewinnt immer mehr an Bedeutung, was gewiß die letzte Ausstellung klar bewiesen hat. Durch die Siedlerbewegung werden immer mehr neue Gebiete erschlossen, neue Verkehrsanlagen geschaffen, es erfolgte eine Ausgestaltung des Wasserleitungs- und Gasnetzes und der Anlagen der elektrischen Leitung. Wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß die Ausgabe der gewiß ansehnlichen Beträge die wir für die Wohnungsbauten aufwenden, andererseits eine gewaltige Ersparnis bei der Ausgabepost für Krankenhäuser, Erholungsstätten, Irrenhäuser, ja Gefängnisse bedeuten. So ist die Bautätigkeit der Gemeinde die unerlässliche Ergänzung des Mieterschutzgesetzes. Eine Partei, die ernst genommen wird und ernst genommen will, kann selbstverständlich mit einem solchen Programm heraustreten, nur wenn sie gewiß ist, daß dem Programm keine Enttäuschung folgen wird. Wir sind uns sicher, daß wir alle vorgefassten Pläne restlos zur Durchführung bringen werden.

GR. Klimesch (Tscheche) gibt die Erklärung ab, dass er nicht mehr für den Klub der Sozialistischen und demokratischen Tschechoslovaken und Gemeinderat entspreche, weil dieser Klub nicht mehr existiere, er und sein Kollege Rusicka seien ausgetreten, die übriggebliebenen tschechischen Sozialdemokraten bilden nunmehr einen eigenen Klub. Die Vorlage über das kommunale Bauprogramm begrüße Redner auf das wärmste, trotzdem er sich dessen bewusst sei, daß die notwendigen Billionen doch wieder aus den Taschen der Steuerträger gepresst werden müssen und trotzdem es sich zweifellos um eine Vorlage zur Wahlpropaganda handle. Mit dem Bauprogramm habe die Rathausmehrheit ihrer Wahlreklame die Krone aufgesetzt. Dieses Wahlmanöver werde auf das Verhalten der tschechischen Minorität bei den Wahlen nicht den geringsten Einfluss haben, denn sie könne die Wirkungen des nationalen Hasses, mit welchem die Rathausmehrheit, die Tschechen bisher verfolgte, insbesondere auf dem Gebiete des Schulwesens nicht vertilgen. Bis auf den Teil der tschechoslovakischen Sozialdemokratie, welche mit der Rathausmehrheit den Wahlpakt abgeschlossen hat, werden alle Tschechoslovaken Wiens und Oesterreichs ihre Stimmen ausschliesslich den selbständigen tschechoslovakischen Kandidaten geben. Dieses Verhalten der Tschechen gilt auch für die Christlichsozialen. Der Wahlspruch aller treuen Tschechoslovaken werde lauten: Keine einzige Stimme den deutschen Parteien!

GR. Bermann (Soz. Dem.): Ist das ihr Schwanengesang?

GR. Klimesch: Amen! Wenn Sie es wollen.

GR. Kunschak (chr. soz.) verweist zunächst auf die aus kommunalen Mitteln erbauten Wohnhäusern für die Strassenbahn und Gaswerksbediensteten, mit denen sich, was die sozialhygienische Bauweise anlangt, die paar kommunalen Bauten der jüngsten Zeit nicht messen können. Der kommunale Wohnungsbau muß allerdings zur Behebung der Wohnungsnot ergänzend eingreifen, aber er reicht nicht hin, um die Wohnungsfrage befriedigend zu lösen. Die Sozialdemokraten bezeichnen den Mieterschutz als unanastbar. Auf die Gefahr hin, daß ~~ich~~ meine jetzt folgende Erklärung von Ihnen wieder weidlich zu Wahlpropagandazwecken ausgeschrottet werden wird, erkläre ich hiemit: Der Mieterschutz ist sehr wohl abbauähig und des Abbaues auch bedürftig. Seinerzeit haben die Sozialdemokraten, als die Lebensmittelzuschüsse abgebaut werden sollten, gleichfalls den Grundsatz aufgestellt, daß an diesem System nicht gerüttelt werden dürfe. Es ist doch dazu gekommen, und zwar mit der Zustimmung der sozialdemokratischen Volksvertreter, weil sich allgemein die Erkenntnis durchgesetzt hatte, daß es finanzpoligisch unmöglich ist, dauernd derartige Lasten auf das Staatsbudget zu nehmen und weil es ein volkswirtschaftlicher Unsinn ist, den Brotpreis durch staatliche Subventionen künstlich herabzudrücken. Wir sind dazu gekommen einen normalen Brotpreis einzuführen und die Welt ist daran nicht zugrunde gegangen, auch nicht die arbeitende Bevölkerung, er wurde einfach in das Lohnsystem eingebaut. Es hat sich eben als Ungerechtigkeit gegenüber der einheimischen Bevölkerung herausgestellt, dieses Protektionssystem für Wohlhabende und für Ausländer aufrecht zu erhalten. Mehnlich verhält es sich mit dem Mieterschutz. Dieser Schutz wird nicht nur den breiten Massen der Bevölkerung zuteil, sondern auch den Begüterten, der sich jeden Wohnungsluxus leisten kann. Diese Kreise sind also die eigentlichen Nutzniesser, die Schmarotzer des Mieterschutzes. Kein Mensch wird bestreiten können, dass es genug Menschen in Oesterreich gibt, die einen valorisierten Zins bezahlen können. Ist es da nicht ein Unsinn solchen zahlungskräftigen Leuten auf unbestimmte Zeit hinaus die Wohltaten des Mieterschutzes garantieren zu wollen? Dasselbe gilt von den Geschäftslokalen. Die Großbank, die draussen im Vorort ihre Filialen besitzt, genießt denselben Mieterschutz, wie der kleine Geschäftsmann. Das ist doch ein blanker Unsinn. Aus diesem Grund ist ein Abbau des Mieterschutzes nicht nur möglich, sondern auch notwendig.

Endlich einmal müssen die wirtschaftlich starken Kreise aus diesem Mieterschutz ausgeschaltet werden. Wenn man die Mietzinse weiterhin künstlich niedrig hält, hält man auch die Steuerbemessungsbasis künstlich auf einem niedrigen Niveau und dadurch entgehen der Gemeinde und dem Staat eine Unmenge von Steuern und Einnahmen. Deshalb sagen wir, dass mit dem Fortschreiten unserer wirtschaftlichen Erstarkung auch der Mieterschutz allmählich abgebaut und auf jenen kleinen Kreis eingeschränkt werden muß, der wirklich schutzbedürftig ist. Das sozialdemokratische Dogma, das an dem Mieterschutz nicht gerüttelt werden dürfe, wird also die Christlichsozialen nicht abhalten, den Abbau doch ins Auge zu fassen und, sobald sich die Möglichkeit dazu ergibt, diesen Abbau auch praktisch durchzuführen. Zweifellos wird ein solcher Abbau auch zu einer Belebung der privaten Bautätigkeit beitragen. Denn viele von den wirtschaftlich Starken, die die Unannehmlichkeiten der privaten Miete nur auf sich nehmen, weil sie durch den künstlich niedergehaltenen Mietzins Vorteile genießen, werden im Augenblicke der Valorisation des Zinses anders denken, die Mietwohnung wird für sie dann den Wert verlieren und sie werden es vorziehen sich wieder eigene Häuser zu bauen. Dadurch käme es eben zu einer Belebung der privaten Bautätigkeit.

Zweifellos stellt sich die Gemeinde Wien mit dem geplanten Bau von 5000 Wohnungen vier Jahre hindurch eine bedeutende Aufgabe. Aber wenn man den ganzen Plan gründlich erwägt, so bleibt diese Zahl weit hinter den wirklichen Bedarf an Wohnungen zurück, sie vermag es nicht die Wohnungsnot wirklich zu beheben. In früheren Jahren gab es immer tausende von Lehrstehungen. Der Redner zitiert statistische Ziffern und hält ihnen entgegen, daß gegenwärtig in Wien ein Abgang von 20.000 Wohnungen besteht. Man muß da erwägen, daß außerdem Lehrstehungen noch Jahr für Jahr durch Neubauten ein natürlicher Zuwachs an Häusern und Wohnungen erfolgte und trotzdem sind wir zu diesem Wohnungsdefizit gekommen. Wie will man da mit 5000 neuen Wohnungen im Jahr gegenüber dem steigenden Bedarf aufkommen? Die 5000 Wohnungen werden bestenfalls nur das Wohnungsdefizit des Jahres 1923 beheben können. Bei seinem Kalkul hat ~~sich~~ der Referent auch nicht dem bedeutenden Wohnungsabfall berücksichtigt, der in der Zeit des Verfalles der Häuser zu beobachten ist. In der Vorkriegszeit bestand eine systematische Hauspflege, während jetzt die Häuservernachlässigung und Häuserverlotterung notorisch ist und wir daran noch lange zu leiden haben werden. Mit den 5000 neuen Wohnungen wird also das Auslangen nicht gefunden werden können. Es sind aber gar nicht 5000 neue Wohnungen, denn in dieser Zahl sind auch nach den Eingeständnissen des Referenten die neuzuschaffenden Geschäftslokale inbegriffen. Auch hier ist der Bedarf weit grösser als vom Referenten angenommen wird. Man wird also die Zahl von 5000 Wohnungen sehr stark zugunsten der Geschäftslokale reduzieren müssen. Der Referent hat auch von einer Verringerung der Wohnungstüchtigkeit gesprochen. Aber das beweist nicht, daß die Leute heute besser wohnen. Denn die 20.000 Wohnungssuchenden sind durchaus nicht obdachlos, denn sie wohnen eben zum großen Teile bei ihren Angehörigen oder Freunden. Wir haben in Wien viele Ehepaare, die von einander getrennt leben müssen, weil sie nicht einmal ein Zimmer mit zwei Betten bekommen. Unter solchen Umständen ist es eine Vorspiegelung falscher Tatsachen, wenn Sie behaupten, daß die Wohnkultur in Wien eine Steigerung erfahren habe. Dabei ist noch zu bedenken, daß für die kommunale Bautätigkeit ganz bestimmte Grenzen gesteckt sind. Denn die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinde für den Wohnungsbau kann nicht ins Ungemessene gesteigert werden. Wenn die gegenwärtige Gemeindeverwaltung erklärt, dass eine private Bautätigkeit unter den heutigen Wirtschaftsverhältnissen ausgeschlossen ist, auf der anderen Seite aber der wirkliche Wohnungsbedarf durch die Gemeinde nicht gedeckt werden kann, so entsteht das Dilemma wie die Wohnungsfrage überhaupt gelöst werden könnte. Solange wir in diesem ka-

5  
pitalistischen System leben, werden sich auch die Sozialdemokraten vergeblich bemühen, das kapitalistische Prinzip auszuschalten. Sie werden früher oder später zur Erkenntnis kommen, daß <sup>auf</sup> die Mitwirkung der privatkapitalistischen Wirtschaftsform nicht verzichtet werden könne. Deshalb die Christlichsozialen: Man soll das eine tun und das andere nicht lassen. Es bleibt Aufgabe der Gemeinde in der Wohnungsfrage und im Wohnungselend helfend einzugreifen, aber daneben muß es ihre Sorge sein, Mittel und Wege zu finden, dass eine private Bautätigkeit wieder ermöglicht werde, und um die Wohnungsnot wirklich zu beheben.

Redner verweist gegenüber dem Vorwurf, daß die Christlichsozialen während ihrer Herrschaft aus Gemeindemitteln keine Wohnungsbauten aufgeführt haben, auf die großen Investitionen der Gemeinde ~~unrück~~ in der damaligen Zeit für Schulen, Spitäler, städtische Unternehmungen, Gartenanlagen u. d. gl. Alle diese großzügigen Bauten und Anlagen aus Gemeindemitteln haben die Einnahmen der Gemeinde aufgezehrt und ihr die Möglichkeit genommen in grösserem Umfange sich an Wohnungsbauten zu beteiligen. Von allen diesen Leistungen ist die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung heute befreit. Die Gelder, die für diese Zwecke früher gebunden waren sind jetzt frei, aber trotzdem hatten sie bisher aus laufenden Geldern für den Wohnungsbau nichts übrig. Erst jetzt wollen sie Milliarden für solche Zwecke auf die Kassenbestände überweisen. Ob die Gemeinde diese Mittel aus den Kassenbeständen tatsächlich wird schöpfen können, steht noch dahin. Der Referent hat uns wohl im Finanzausschusse unter dem Siegel der Verschwiegenheit und des Gelöbnisses das Ergebnis der Steuern und Abgaben in den ersten drei Monaten des Jahres Bekanntgegeben. Aber er hat gleichzeitig hinzugefügt, daß es natürlich ausgeschlossen wäre, diesen Betrag auch für das restlichen Dreivierteljahre zu erwarten. Seit her verhält er sich sehr schweigsam und teilt uns nicht einmal unter dem Siegel der Verschwiegenheit und des Gelöbnisses mit, was im zweiten und dritten Quartal die städtischen Steuern eingetragen haben. Zweifellos ist ein rapider Rückgang eingetreten, weil schon viele dieser Abgaben im ersten Vierteljahr geleistet worden sind. Wir können den Referenten <sup>nicht</sup> zur Mitteilbarkeit zwingen, aber wir können daraus unsere Schlüsse ziehen, warum er jetzt so schweigsam ist. Aber man wird auch begreifen, daß wir unter solchen Umständen mit großem Mißtrauen seine Eröffnungen hinnehmen, wie sollen wir ihm glauben, daß das Budget so tragkräftig ist <sup>und die geplanten neuen</sup> ~~und die~~ großen Lasten tatsächlich bestreiten zu können.

GR. Feldmann (deutschnational) bezeichnet es als begrüßenswert, daß die Gemeinde 25.000 Wohnungen bauen will. Es sei nur die Frage, ob dies ohne Steuern möglich ist. Es ist auch davon ~~ist~~ geredet worden, daß die Wohnbausteuer erhöht werden soll. Neue Steuerlasten kann die Bevölkerung nicht mehr auf sich nehmen.

GR. Hansa (Tscheche) bemerkt, daß durch dieses Bauprogramm nicht nur die Wohnungsnot, sondern auch die Arbeitslosigkeit gemildert werden wird. Er wünsche aber, daß auch die tschechischen Arbeiter bei der Verteilung dieser Wohnungen entsprechend berücksichtigt werden. Viele Magistratsbeamte machen gegenüber tschechischen Wohnungswerbern dumme Bemerkungen, indem sie ihnen sagen, daß sie nach Tschechien gehen sollen. Wien ist doch eine große Stadt und kein Krähwinkel. Bei den Arbeiten sollen auch tschechische Arbeiter und Gewerbetreibende beschäftigt werden. Im Namen der tschechischen Gemeinderäte begrüßt Redner dieses kolossale Projekt.

StR. Breitner (Schlußwort): Es freut mich feststellen zu können, daß sich auch GR. Kunschak als Gegner des Mieterschutzes bekannt hat. diese Haltung deckt sich mit der Anschauung des obersten Führers der christlichsozialen Partei, der die Notwendigkeit des Abbaues des Mieterschutzes als politisches Wahlziel bezeichnet hat. Herr Kunschak hat es auch als Selbstverständlich hingestellt, daß wir Wohnungen bauen. Wir sind auch

dieser Meinung, müssen aber sehr bedauern, daß nicht schon früher die christlichsoziale Verwaltung auf diesem Gebiete wenigstens irgendeine Leistung aufzuweisen in der Lage wäre. Ich habe die Voranschläge der Jahre 1908 bis 1913 studiert und nur eine einzige Post im Bezug auf das Wohnungswesen gefunden. Es sind dies sage und schreibe, 10 Kronen (Hört-Hörtrufe!), wobei ich um Ihr Verdienst nicht zu verringern anführe, daß es 10 Goldkronen waren, die offenbar für das Abonnement irgendeiner Zeitschrift eingesetzt worden ~~ist~~ sind. Wenn GR. Kunschak von den Wohnungsbauten der städtischen Unternehmungen gesprochen hat, so wird kein vernünftiger Mensch diese Bauten als Gemeindegäuser betrachten können. Sind sie doch ausschließlich aus den Beiträgen der Pensionsfonds geschaffen worden, also aus den Geldern, die von den städtischen Arbeitern selbst gezahlt worden sind. Es ist aber auch ganz ungerecht, wenn uns die Wohnbausteuer vorgeworfen wird. Sie vergessen wohl absichtlich, daß wir die ganzen Realsteuern aufgelassen haben und eben nur eine einzige Zwecksteuer eingeführt haben. Es ist etwas ganz ungeheuerliches gewesen, daß wir auf die 70 Millionen Goldkronen, die Sie aus den Mietzinsen herausgeholt haben, verzichteten. An Stelle dieser Steuer besteht heute nur die verhältnismäßig kleine Wohnbauabgabe, die aber ausschließlich für den Bau neuer Wohnungen verwendet wird. GR. Kunschak hat eine große Reihe von Leistungen der christlichsozialen Gemeindeverwaltung angeführt. Ich weiß nicht, was er damit sagen wollte. Es wäre doch unmöglich, daß eine Verwaltung, die Jahr für Jahr aus der Bevölkerung eine erhebliche Zahl von Millionen Goldkronen herausgeholt hat, gar nichts gemacht hätte, aber es muß doch festgestellt werden, daß diese Verwaltung für den Wohnungsbau gar nichts gemacht hat. Nicht deswegen, weil kein Geld dafür vorhanden war. Aber Sie konnten damals gar keinen anderen Standpunkt einnehmen, da im Gemeinderat 55 Hausherren gesessen sind, so daß Sie die private Bewirtschaftung der Wohnungen als oberstes Ziel erklären mußten. Sie haben deshalb auch die im Jahre 1883 geschaffene Bauordnung, die dem Baukapital alles erlaubte, nicht eingeengt. Daher ist es erklärlich, daß wir jene scheusslichen Lichthöfe, jene Räume ohne Belichtung und jene Gangküchen überall unter Ihrer Herrschaft erstehen haben sehen. Das war die Zeit, jenes ungeheuren Tiefstandes der Wohnkultur und wenn Sie nur die Bauordnung reformiert hätten, so hätte sich das Baukapital nicht mehr so gut verzinst, was Sie natürlich nicht haben wollten. In dieser Beziehung kann man also durchaus von einer Vernachlässigung der früheren Verwaltung sprechen. Der Vergleich mit den Brotzuschüssen ist an beiden Füßen gelähmt. Die Brotzuschüsse müßten abgebaut werden, weil sie ja nicht von einem Teil der Bevölkerung getragen worden sind, sondern durch das Banknotenducken aufgebracht werden mußten. Wenn Sie den Hausherren den 15.000fachen Friedenszins auf Kosten des Staates geben wollten, dann wären wir ebenfalls dagegen. Die Erscheinung, daß die Hausbesitzer, durch das Mieterschutzgesetz hart getroffen werden, ist eben eine Kriegsfolge und keineswegs singulär. Ich will nicht von den Menschenopfern des Krieges sprechen, sondern ausschließlich bei der finanziellen Seite bleiben. Da müssen Sie doch zugeben, daß die Besitzer der Kriegsanleihen, Renten und Hypotheken viel mehr verloren haben, als die Hausbesitzer, die ja den Substanzwert noch besitzen. Der Hausbesitz ist schließlich nur eine Zufallsform des Besitzes und eine Ausnahme kann da durchaus nicht gemacht werden. Sie können also nicht verlangen, daß wir für die Valorisierung der Mietzinse sind.

GR. Kunschak: Sie rennen offene Türen ein!

6  
StR. Breitner: Die Tatsache, daß Herr Seipel davon gesprochen hat, daß die Hausbesitzer wieder vom Ertrag ihrer Häuser leben können, werden Sie nicht ableugnen wollen. Das bedeutet aber eine Valorisierung der Mieten. Eine solche Valorisierung hat der Nationalrat und Gemeinderat Dr. Danneberg für eine bestimmte Schichte schon am 22. Dezember von der Regierung verlangt, und im Nationalrat beantragt, daß die Regierung bis längstens 22. Februar einen Antrag einbringt, der jene Personen, die ein bestimmtes Einkommen haben, verpflichtet, sich ein Eigenhaus zu bauen oder einen bestimmten Betrag für den Bau einer Wohnung herzugeben. Wir schreiben heute den 21. September und es ist seitens der Regierung nicht das allergeringste geschehen. Da könnten Sie Ihre Valorisierungsgelüste voll betätigen.

GR. Kunschak: Das ist ganz etwas anderes.

StR. Breitner: Freilich, ist das ganz etwas anderes, weil Sie wollen das dem Nutzen der Valorisierung der Mieten dieser Besitzenden die Hausherren haben sollen, während wir ihn der allgemeinen Wohnbautätigkeit zuführen wollen. Es ist auch bei unserer Wohnbausteuer dieses Prinzip hochgehalten. Die Skala dieser Steuer beginnt mit dem 40fachen Friedenszins und endet mit dem 500fachen im Frieden gezahlten Mietzins. Wenn GR. Kunschak gemeint hat, daß früher viele Wohnungen leer gestanden sind, so braucht doch nicht darauf hingewiesen werden, daß eben die Leute das Geld für die Miete nicht aufbringen konnten. Glauben Sie, daß sonst das Schandmal des Bettgeherwesens, der Kellerlöcher und des Zusammengepfertseins möglich gewesen wäre? Sie haben wohl leerstehende Wohnungen im Frieden gehabt, dafür aber waren die Obdachlosenasyile überfüllt und die Leute haben in den Ziegelöfen übernachtet. Ich kann nur einen Ausspruch anführen, der so recht Ihre Wohnungspolitik charakterisiert und der in der Gemeinderatssitzung vom 17. Oktober 1911 gefallen ist. Damals wurde gesagt, daß es vom Standpunkt der Hausbesitzer begreiflich ist, wenn Sie keine Parteien nehmen, die keine Einrichtung, wohl aber viele Kinder haben. (Rufe: Skandal! Wer hat das gesagt?) Das hat niemand anderer als ihr heutiger Vizebürgermeister Hoss in diesem Saale gesprochen. GR. Kunschak hat auch gemeint, daß wir bei diesem Bauprogramm weiter gegangen wären, als wir es verantworten können. Dem gegenüber stelle ich fest,

daß selbst, wenn wir nach dem 21. Oktober diese Stadt nicht verwalten würden wir eine solche Augenauswischerei nicht machen würden. Wir sind aber der festen Ueberzeugung, daß wir auch nach den Wahlen diese Verwaltung so wie jetzt weiter führen werden und da werden Sie uns doch nicht zumuten wollen, daß wir uns ein derartiges Kuckuksei legen. Ich kann nur wieder erklären, daß ich für dieses Programm jene volle Verantwortung übernehme, die dem Finanzreferenten zukommt. Ich erkläre nochmals, daß wir gegen jede, wie immer geartete Lockerung des Mieterschutzgesetzes sind, ob es sich nun um die Wiederherstellung der Hausherrenrente oder darum handelt, daß die Mieter, auch wenn sie den valorisierten Zins zahlen, wieder aufs Pflaster geworfen werden können. Weil wir aber wissen, daß der Mieterschutz nur bestehen bleiben kann, wenn neue Wohnungen gebaut werden, so werden wir mit aller Kraft ans Werk gehen. Die Bevölkerung wird sich nicht darum kümmern, daß Sie nur für die Errichtung dieser Wohnungen sind, aber gegen die Bedeckung stimmen, weil sie weiß, daß sie auch für die Lohnerhöhungen der Straßenahner, aber gegen die Tarif erhöhungen gestimmt haben, sondern sie wird mit uns einer Meinung sein. (Lebhafter Beifall).

GR. Huber (chr. soz.) berichtet tatsächlich, daß er niemals von einer Valorisierung der Mietzinse gesprochen habe, daß der Hausbesitzer 42% des Friedenszinses für Steuern, 10% für Betriebskosten und 15% für die Erhaltung des Hauses ausgeben musste, so daß ihm nur 33% übrig geblieben sind. Aber auch diese 33% sollen nicht valorisiert werden. Auch von einem Kündigungsrecht habe er niemals gesprochen. Er erkläre jedem, der ihm vorwerfe, daß er für den 15.000fachen Zins und für die Aufhebung des Kündigungsrechtes gesprochen habe, für einen gemeinen, lügnerischen Schurken. (Großer Lärm). Bürgermeister Reumann ruft GR. Huber wegen dieses Ausdruckes zur Ordnung. Vereinigung des Gesellschaftskapitals.

GR Kunschak (chr. soz.)

es wird behauptet,

daß die Wiederkehr der früheren Verhältnisse als Wahlziel aufgestellt hätte. Demgegenüber berichte ich, daß ich mit keinem Worte ein solches Verlangen gestellt habe, sondern im Gegenteil. Der Referent hat ferner behauptet, daß ich das Verlangen gestellt habe, daß die Hausherrn des Verlustes, den Sie durch den Krieg erlitten haben, schadlos gehalten wurden. Demgegenüber stelle ich fest, daß ich auch nicht einmal das Wort Hausherr oder Hausbesitzer im Mund genommen habe, weil ich die Frage wohnungspolitisch behandelt wissen wollte. Es wurde weiter behauptet, ich hätte erklärt, daß die Gemeindebautätigkeit eine unmögliche wäre und die private Bautätigkeit in Kraft treten müsse. Ich habe erklärt, daß ich vollstes Verständnis für die kommunale Bautätigkeit habe, es muß aber diese Tätigkeit auch mit dem privaten Kapital eine Verbindung finden. Ich habe mit keinem Wort von Kündigungsrecht gesprochen. Ich kann sagen, daß der Ansicht meiner Partei nach an einer Lockerung des Kündigungsrechtes nicht gedacht werden kann.

StR. Breitner

Aus dem Haus wird

die Wohnbausteuer bezogen, welche eine Zwecksteuer ist. Ferner habe ich nur festgestellt, daß Herr Kollege Kunschak sich als ein entschiedener Gegner des Mieterschutzgesetzes bekannt hat. Im Bezug auf das Kündigungsrecht hat der oberste Führer der christlichsozialen Partei in einer Versammlung auf der Wieden erklärt, daß es wieder so weit kommen müsse, daß der Hausherr den Mieter und der Mieter den Hausherrn frei suchen kann. Dieser Ausspruch wurde vom Bundeskanzler Seipel gemacht, welcher für die Politik der christlichsozialen Partei die Verantwortung trägt.

Es erfolgt nun die Abstimmung über das Bauprogramm. Die Durchführung der Schaffung von 25.000 Wohnungen wird einstimmig angenommen, gegen jenen Teil des Antrages, der einen Kredit von 100 Milliarden Kronen vorschussweise aus den Kassenbeständen pro 1924 vorsieht, stimmen die Christlichsozialen. Der Antrag wird hierauf mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Es werden hierauf die Gegenstände 73, 74, 75, 76 ohne Debatte angenommen.

GR Hiess beantragt, daß dem Verein „Die Bereitschaft“ anlässlich seines 10jährigen Bestandes eine Subvention von 25 Millionen Kronen bewilligt werden soll.

GR Motzko (chr. soz.) verlangt, daß auch der Caritasverband und die ihm angeschlossenen Vereine in Hinkunft von der Gemeinde subventioniert werden mögen, denn die Art und Weise <sup>der Erteilung</sup> der Subvention durch die jetzige Gemeindeverwaltung sei durchaus keine solche, daß sie eine objektive und neutrale genannt werden könne.

GR Hiess erwidert, <sup>selbst</sup> wenn es so wäre, wie Frau Motzko sagt, daß bei der Vergabung der Subventionen nachparteilichen Gesichtspunkten einseitig vorgegangen werde, wäre das nur ein Akt der Vergeltung, da die Christlichsozialen 22 Jahre hindurch nicht die geringsten Subventionen an Vereinigungen geleistet hatten, außer wenn deren Titel das Wort christlichsozial oder heilig beinhaltete. Ich sage, wir wollen nicht gleiches mit gleichem vergelten, sondern wir sind bestrebt allen Vereinen Subventionen zukommen zu lassen, die für die Bevölkerung Wiens erspiessliches leisten.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten angenommen und die Sitzung geschlossen.